

2. Gesprächsrunde mit den Sprechern für Bildung der Parteien im Brandenburgischen Landtag

Eingeladen vom Vorstand des Verbandes Sonderpädagogik e.V. Landesverband Brandenburg, trafen sich am 23.05.2016 die bildungspolitischen Sprecher der Parteien im Brandenburgischen Landtag, Simona Koß (SPD), Kathrin Dannenberg (LINKE), Marie Luise von Halem (Bündnis90/Grüne), Gordon Hoffmann (CDU) und Birgit Bessin (AFD) zu einer offenen Gesprächsrunde in der Oberlinschule.

Im Mittelpunkt standen die Problematik sonderpädagogische Diagnostik im Land Brandenburg und die aktuelle bildungspolitische Flüchtlingspolitik.

Ausgehend von den Standards sonderpädagogischer Diagnostik des Verbandes Sonderpädagogik e.V., verdeutlichte in einigen kurzen Einführungsworten die Landesvorsitzende des vds Frau Dr. Karin Salzberg-Ludwig, die unterschiedliche Handhabbarkeit sonderpädagogischer Diagnostik mittels entsprechender Handreichung im Land Brandenburg. Sie betonte, dass eine gute Schule eine Diagnostik, insbesondere eine prozessbegleitende Diagnostik benötigt. Entsprechende wissenschaftliche Untersuchungen wurden durchgeführt und deren Ergebnisse liegen vor.

Frau von Halem verwies darauf, dass ihre Partei eine Diagnostik im klassischen Sinn nicht wünscht. Nach Skandinavien schauend, betonte sie die von Diagnostik freie Schule, so, dass alle Schülerinnen und Schüler im Schulsystem aufgefangen und entsprechend gefördert werden. Gleichzeitig weiß sie, dass es sich hierbei um einen langen Prozess handelt, der unter den derzeitigen Bedingungen, die die Landesregierung vorhält, nicht leicht umsetzbar ist. Sie fordert die Bildung von multiprofessionellen Teams unter dem Dach der Schule.



Frau Koß betonte in ihrem Statement, dass in der letzten Legislaturperiode das Thema Inklusion aufgegriffen, aber nicht zielführend umgesetzt wurde. Fehler und Problemlagen wurden erkannt und werden Bestandteil eines im Sommer 2016 erscheinenden Inklusionspapiers des MBS sein. Eine große Rolle spielen hierbei auch die Erfahrungen der Pilotschulen bzw. des wissenschaftlichen Beirates. Frau Koß begrüßt ebenfalls das Zusammenspiel von Schule – Schulpsychologie – Therapie usw., die Bildung von multiprofessionellen Teams. Am Beispiel der Einzelfall- bzw. Gruppenhilfe macht sie deutlich, dass die derzeitigen gesetzlichen Vorschriften eine sonderpädagogische Diagnostik erfordern.



Herr Hoffmann (CDU) plädierte eindeutig gegen die Abschaffung des Diagnostikverfahrens. In Gesprächen mit Lehrern und insbesondere Sonderpädagogen verschiedener Schulformen wurde deutlich, dass in der derzeitigen Schullandschaft eine sonderpädagogische Diagnostik notwendig ist. Er betonte, dass vom MBS zu wenig vorgehaltenen Ressourcen werden. Grundsätzliches Problem sieht Herr Hoffmann im gegliederten Schulsystem von Brandenburg. Herr Hoffmann forderte den vds Landesverband Brandenburg auf, gemeinsam mit der CDU Handlungsmuster bzw. Konzepte zu entwickeln, die ein Vorantreiben der Bildung im Land Brandenburg (im Vergleich zum Bundesdurchschnitt) unterstützt.



Frau Bessin (AFD) machte deutlich, dass sie nicht über sonderpädagogische Erfahrungen verfügt, sehr wohl aber weiß, dass alle an Schule Beteiligten und Sonderpädagogen, unzufrieden sind. Die große Mehrfachbelastung, das Zuschütten mit verschiedensten Aufgaben, lässt viele Lehrer verzweifeln. Sie prangert die mangelnde sonderpädagogische Förderung durch den Sonderpädagogen an, da sie (Sonderpädagogen) sehr oft als Vertretungsreserve eingesetzt werden. Grundsätzlich findet Frau Bessin die Inklusion einen "guten Gedanken". Sie plädiert aber für den Erhalt der Förderschulen.

Frau Dannenberg sieht die sonderpädagogische Diagnostik als ein sehr spannendes Feld an und befürwortet diese grundsätzlich. Festgestellt wurde von ihr, dass Diagnostik in Schule nicht den Zweck erfüllt, den er sollte. Vielerorts wird Diagnostik als „Stundengewinn“ für die sonderpädagogische Förderung verstanden. Sie unterstützt den Gedanken der Bildung von multiprofessionellen Teams in Schule. Sie wünscht sich mehr Flexibilität. (Förderung da wo sie benötigt wird, einheitliches Arbeitsfeld des Sonderpädagogen)



An einigen Schulen wird der Sonderpädagoge als Vertretungslehrer benötigt, andererseits hat der Sonderpädagoge an anderen Schulen eine kleine Monopolstellung, so dass sonderpädagogische Förderung stattfindet. Grundsätzlich fehlt pädagogisches Personal, was sich in Zukunft nicht ändern wird. Frau Dannenberg berichtet von ihren Erfahrungen und merkte an, dass Inklusion im Land schon läuft, dass wir auf dem Weg sind. Viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf lernen im Gemeinsamen Unterricht. Diese Form der Beschulung muss beibehalten und alle Lehrkräfte in ihrer Arbeit unterstützt werden.



Der Geschäftsführer des Verbandes wünscht sich eine klare Begriffsbestimmung zur sonderpädagogischen Diagnostik, besonders im Hinblick auf die eventuelle Abschaffung und daraus resultierende Probleme gegenüber Schulen in freier Trägerschaft.

Zum Thema der Beschulung von Flüchtlingen äußerte sich Frau Koß dahingehend, dass die Landesregierung reagiert und neue Lehrerstellen genehmigt hat. Des Weiteren wurde vom MBS ein Papier erarbeitet, welches als Grundlage der Beschulung dienen soll. Ansprechpartner für eventuelle Probleme und Hinweise sind die jeweiligen Schulämter.

Abschließend wurde ein weiteres Treffen am 05.07.2016 in der Oberlinschule vereinbart. Im Mittelpunkt steht dann die Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit autistischem Verhalten. Herr Wygasch übergab allen Politikern eine vom Landesverband erarbeitete Stellungnahme und erklärte dringenden Handlungsbedarf.

Gregor Albrecht

